

FDP Wehrheim

MEHR WOHNRAUM FÜR WEHRHEIM UND FAIR TRADE TOWN

09.11.2021

Wehrheim. Neben dem Thema Absichtserklärung über die Vereinbarung der Entwicklung eines Windparks am Winterstein standen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 05.11.2021 weitere wichtige Tagesordnungspunkte auf dem Programm, darunter die Verabschiedung des „**Nachtragshaushalt 2021**“, das Thema „**Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne in Wehrheim**“ sowie die Entscheidung zum Beitritt Wehrheims als „**Fair Trade Town**“. Sämtliche Vorlagen fanden die Zustimmung der Liberalen und wurden vom Parlament einstimmig angenommen.

Fair Trade Town

(Interfraktioneller Antrag von FDP, Grüne, SPD und CDU)

Mit dem Beschluss des Parlaments setzt sich die Gemeinde das Ziel zum nächstmöglichen Zeitpunkt „**Fair Trade Town**“ nach den Kriterien des Vereins „TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt“ zu werden und bewirbt sich dort um den Titel.

Seit Januar 2009 können sich Kommunen in Deutschland für ihr Engagement im Fairen Handel um den Titel „Fair Trade Town“ bewerben. Die Faire Trade Towns Kampagne bietet eine Plattform für ein faires und nachhaltiges Engagement in einer Kommune. Für Wehrheim bedeutet dies, sich als innovative weltoffene Kommune zu präsentieren und ein positives Image zu transportieren.

Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne

(Interfraktioneller Antrag von FDP, Grüne, SPD und CDU)

Alle Fraktionen in der Gemeindevertretung hatten sich in der Vergangenheit mehrfach für eine Förderung des Bauens und Wohnens innerhalb der aktuellen Bebauungsgrenzen

Wehrheims ausgesprochen. Im Rahmen der Dorfmoderation wurde nun ein erhebliches Flächenpotenzial für eine solche Nachverdichtung identifiziert.

Die Überarbeitung der bestehenden B-Pläne hat als Ziel, Anreize für eine Schaffung von Wohnraum innerhalb der bestehenden Bebauungsgrenzen zu schaffen und gleiche Rahmenbedingungen für gleichartige bauliche Nutzung (Ortskerne, Wohngebiete, Gewerbegebiete) zu schaffen. Details sollen zunächst in der Bauverwaltung erarbeitet und dann im Bau- und Verkehrsausschuss beraten werden.

Die FDP Fraktion unterstützt diesen Antrag und sieht darin eine Chance dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. „Oft müssen junge Wehrheimerinnen und Wehrheimer unsere Gemeinde verlassen, weil sie hier keinen Wohnraum finden, etwa um eine eigene Familie zu gründen, im Ort, in dem sie aufgewachsen sind, der ihnen ans Herz gewachsen ist. Und nicht jeden jungen Menschen zieht es zum Studieren in die Ferne. Wehrheim ist auch und gerade ein Ort des Mittelstandes, des Einzelhandels und des Handwerks. Hier existieren zahlreiche und traditionsreiche Betriebe, die jungen Leuten eine Perspektive und ihnen eine gute Ausbildung bieten. Dafür bedarf es an Wohnraum“, so FDP-Ortsvorsitzender **Andreas Bloching**, zugleich Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses.

Die Überarbeitung verfolgt das Ziel bestehende Bebauungspläne zu optimieren und vorhandene Flächenpotenziale im Bestand zu nutzen. Bloching weiter: „Dabei geht es aber nicht darum, jeden unbebauten Quadratmeter bis aufs allerletzte Eck auszunutzen. Es geht auch darum Grundstücksteilungen zu ermöglichen und zielgerichtet, in einem verträglichen Maße, neue Wohnbauflächen zu generieren.“

Die FDP Fraktion stellte aber auch klar, dass man den Blick fürs Gewerbe nicht verlieren dürfe, wie Bloching in seiner Rede im Parlament forderte. Wehrheim muss seinen Gewerbetreibenden Expansionsmöglichkeiten aufzeigen, wenn wir Abwanderung verhindern wollen. Und wir müssen handlungsfähig sein, wenn für unsere Entwicklung zuträgliche externe Unternehmen am Standort Wehrheim interessiert sind. „Die Optimierung der bestehenden Bebauungspläne wird das alleine nicht lösen. Auch schaffen wir damit keine Gewerbeflächen für größere Unternehmen, deren Ansiedlung es bedarf, um die Einnahmenseite im Bereich der Gewerbsteuer signifikant zu verbessern.“

Im kommenden Jahr steht der Regionale Flächennutzungsplan zur Überarbeitung an. Nur

Flächen, die im Regionalen Flächennutzungsplan berücksichtigt sind, können auch entwickelt werden. Bis zur nächsten Neuauflegung des Regionalen Flächennutzung dauert es dann wiederum mindestens 10 Jahre.

Deshalb ist auch wichtig, dass Wehrheim diesen Prozess nicht verschläft, sondern aktiv angeht und genau prüft, wo ggf. noch neue Wohn- und Gewerbebeflächen entwickelt werden können.